V-12-074: Schluss mit dem Anti-Flüchtlingsdeal mit der Türkei - Für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage!

Antragsteller*innen Johannes J. A. West

Antragstext

Nach Zeile 74 einfügen:

Mit wachsender Sorge beobachten wir außerdem die Entwicklungen ab dem 13. Oktober. Die Bündnispartnerschaft, welche die kurdischen Streitkräfte mit der Regierung Assad geschlossen haben, mag nach Abzug der US-Truppen und dem Ausbleiben ernsthafter diplomatischer Konsequenzen aus militärischer Sicht strategisch richtig, wahrscheinlich sogar überlebensnotwendig gewesen sein, um den türkischen Angriffskrieg aufzuhalten. In letzter Konsequenz bedeutet diese ungleiche Partnerschaft für die Regierung in Damaskus jedoch die Wiedererlangung ihrer Kontrolle über die kurdischen Gebiete und damit die faktische Aufgabe der erlangten Teilautonomie. Assad, dessen Regierung zahllose Menschenrechtsverstöße vorzuwerfen sind, die 2011 zum Ausbruch des Bürgerkriegs in Syrien führten, wird seine Position dadurch erheblich verbessern können; eine Welle neuer Menschenrechtsverletzungen, bis hin zu politischen Morden, ist nun auch in Rojava zu befürchten.
Gleichsam fatal wird diese Entwicklung für die Stabilität der gesamten Region sein. Assad gilt als traditioneller Verbündeter Russlands und des Irans. Mit steigendem Einfluss Russlands wird nicht nur jener der NATO-Bündnispartner sinken, das Interesse des Irans an Syrien gilt insbesondere einem direkten Weg für Waffenlieferungen an die Hisbollah im Libanon, die diese wiederum für ihren Terror gegen den israelischen Staat nutzt. Ein wiedererstarkter Assad bedeutet in diesem Sinne also zugleich auch eine Bedrohung der Souveränität Israels.
Aus diesem Grund fordern wir, die syrische Regierung zu einer offiziellen Bestätigung der Autonomität der kurdischen Gebiete aufzufordern, um in der Folge sämtliche Truppen des Regimes kontrolliert aus diesen abzuziehen.

Begründung
Erfolgt mündlich.